

6. Netzwerkorganisationen als Metastruktur heterarchischer positionaler Ordnungssysteme

Die Analyse von Netzwerken hat gezeigt, dass die Entwicklung von positionalen Ordnungssystemen die sozialen Beziehungen zwischen einzelnen Teilnehmer*innen *innerhalb* eines Netzwerks regelt. Die daraus resultierende Struktur kann allerdings verschiedene Formen annehmen. Unterschiede können in der Reichweite (offene/geschlossene Netzwerke), in der Art der Verknüpfung (formal/informal) zwischen den einzelnen Knotenpunkten im Netzwerk als auch in der Hierarchisierung (oben/unten) der einzelnen Teilnehmer*innen vorkommen (vgl. für einen Überblick von Netzwerkmodellen: Stegbauer/Rausch 2006: 22ff.).

Netzwerke von Netzwerken, verstanden als Metastruktur sozialer Beziehungen, können wir als *Netzwerkorganisation* beschreiben. Innerhalb dieser größeren Beziehungsstruktur kann man einzelne Netzwerke als Knotenpunkte eines übergeordneten positionalen Systems verstehen, die die genannten Attribute aufweisen (vgl. Übersicht im vorangehenden Teilkapitel). Netzwerkorganisationen werden in der Literatur im Gegensatz zu klassisch-hierarchischen Formen der Organisation, die von einem dominanten Zentrum gelenkt werden, als Heterarchien bezeichnet, die sich besonders für die Beschreibung von »turbulenten Umwelten« eignen (Dentgen 2016: 96ff.; Haun 2016: 219; Jurk 2003: 42ff.).¹

Bühl beschreibt Heterarchien als

»Handlungs- oder Verhaltenssysteme, die aus mehreren, voneinander relativ unabhängigen Akteuren, Entscheidungsträgern oder Potenzialen, zusammengesetzt sind, in denen es keine zentrale Kontrolle gibt, sondern die Führung des Systems in Konkurrenz und Konflikt, in Kooperation und Dominanz, in Sukzession und Substitution sozusagen immer wieder neu ausgehandelt wird oder von Subsystem zu Subsystem bzw. von Potenzial zu Potenzial wandert.« (1987: 242)

1 Der Begriff der »turbulenten (gesellschaftlichen) Umwelt« findet seine Begründung und Anwendung in neo-institutionalistischen Ansätzen, die aus der interaktionistischen Policy-Forschung hervorgegangen sind und damit den Begriff der »politischen Umwelt« ersetzt, vgl. Scharpf (2006: Kap. 2); Heritier (1993); vgl. Kap. II-6.1.

Allerdings sei das nicht gleichbedeutend mit Ineffizienz oder Chaos, denn das Verhalten der einzelnen Positionen, ist – wie eben gesehen – an bestimmte Rollen gebunden, was zu Erwartbarkeit und Regelhaftigkeit des Verhaltens in den Beziehungen zwischen den Teilnehmer*innen führt (ebd.). Strukturen in Heterarchien haben einen kurzfristigen Charakter und werden auch als »fluide Hierarchien« bezeichnet (Jurk 2003: 42).

In der Wirtschaft gelten organisationsübergreifende Netzwerke (externe Netzwerke) als besonders effiziente Form der Organisation. Strategische Netzwerke, eine weitere Form der Kooperation, werden etwa in der Automobilindustrie gegründet, um ressourcenintensive Innovationen im Verbund zu entwickeln. Sie werden als *heterarchische Netzwerkorganisation* bezeichnet (Sydow 1995: 60ff.). Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass die Mitglieder der Netzwerkorganisation ein übergeordnetes, gemeinsames Ziel verfolgen (Schulte-Zurhausen 2005: 286). In der Praxis werden dann die Entscheidungen hauptsächlich von einem dieser Partner*innen getroffen (Schulte-Zurhausen 2005: 287; Sydow 1995: 60).

Eine alternative Form der Kooperation – fokales Unternehmen – stellt ein Partnerunternehmen und dessen permanente Dominanz in den Mittelpunkt. Dieses bestimme mehr als die anderen Strategie und Ziele des gesamten Netzwerks (Sydow/Ortmann 2001: 282).

Die Kooperation in strategischen Netzwerken kann sich auf nur einige Bereiche beschränken, so dass sogar denkbar ist, dass die kooperierenden Individuen oder Gruppen in anderen Bereichen miteinander konkurrieren. Ziel von Kooperation in einem solchen Zusammenschluss ist es, entweder Synergieeffekte zu erreichen, »oder eine Marktposition einzunehmen, die ohne Kooperation aufgrund fehlender Ressourcen nicht möglich wäre« (Schulte-Zurhausen 2005: 286).

Diese Kriterien lassen sich auf einen Transitionsprozess mit neu konstituierten Gruppen und Netzwerken übertragen, die zu Beginn und alleine wahrscheinlich weder genügend Ressourcen noch Personal zur Verfügung, aber zugleich – ungeachtet Unterschieden in politischen Ausrichtungen – ein gemeinsames Ziel haben: Den Sturz des herrschenden Regimes und eine Demokratisierung des politischen Systems (wiewohl die Vorstellungen über die Form der Demokratisierung unterschiedlich sein können).

Durch eine Kooperation können die Konfliktfähigkeit, Mobilisierungspotentiale und auch die Organisationsfähigkeit der einzelnen Akteur*innen gesteigert werden. Dies kann entweder in Form relativ informaler Absprachen, Zielformulierungen, Koordination und Planung oder auch in formalisierteren Formen politischer Kooperation (Wahlbündnisse, Koalitionen, Allianzen) stattfinden (vgl. zu Formen der Kooperation in Netzwerkorganisationen Sydow/Ortmann 2001). Besonders kleine Partner würden von solchen Abmachungen profitieren. Die Analyse wird zeigen, ob und in welcher Form es zu solchen Zusammenschlüssen kam und

wie sich diese auf die Chancen der Opposition ausgewirkt haben (Kap. IV-11.6 & 12.1).

Als zentrale Kriterien für die Erhaltung der Selbstständigkeit in Netzwerkorganisationen werden genannt: Die Entscheidungsautonomie, das Fehlen einer zentralen Leitungsstelle über den Mitgliedern des Netzwerks, die Wiederauflösbarkeit des Zusammenschlusses durch einseitige Kündigung sowie das selbstständige Weiterbestehen der Partner*innen (Schulte-Zurhausen 2005: 287). Weiteres Kennzeichen einer Netzwerkorganisation besteht in der Art der Beziehungen, die nicht ständig aktiviert sein müssen; es genügt, dass diese latent vorhanden sind und bei Bedarf – kurzfristig – aktiviert werden können (ebd.). Darüber hinaus gelten Netzwerkorganisationen als besonders robust, anpassungsfähig gegenüber Veränderungen im Umfeld und als krisenfest, weil Ausfälle in Teilsegmenten durch andere Segmente aufgefangen werden können (Haun 2016: 399).

6.1 Umwelterwartungen, schwache Konsolidierung und Interaktion

Im Folgenden soll nun versucht werden, die gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich Netzwerken und Netzwerkorganisationen auf neue Parteiakteur*innen in Transformationsprozessen mit Hilfe neo-institutionalistischer Theoriebildung zuzuspitzen.

Die Theorieschule des Neo-Institutionalismus (NI) kennt viele Ausdifferenzierungen, von denen der politikwissenschaftliche, akteur*innenzentrierte NI sowie der organisationssoziologische NI für die vorliegende Arbeit fruchtbar adaptiert werden können (Mayntz/Scharpf 1995b; Meyer/Rowan 1977). Im Mittelpunkt des NI steht die Beschäftigung mit Institutionen sowie kollektiven Akteur*innen, Interaktionsformen und Akteur*innenkonstellationen. Für Walter Powell, Vertreter eines organisationssoziologisch geprägten NI, zeichnet sich dieser durch seinen Fokus auf die *Beziehungsstruktur* von Organisationen aus, die sowohl durch Kooperation als auch durch Wettbewerb geprägt sein kann (vgl. auch DiMaggio/Powell 1983; Powell 2008; Powell/DiMaggio 1991). Damit steht er systemtheoretischen und strukturalistischen Theorien kritisch gegenüber, die »alle kein besonderes Interesse für die Besonderheiten politischer Organisation (Gebilde und Regelsysteme) hatten und sich entweder auf politisch relevantes Verhalten von Individuen oder auf die Wirkung von Macht- und Interessenstrukturen auf politische Entscheidungen konzentrierten« (Mayntz/Scharpf 1995a: 43).

Die *Formalstruktur* einer Organisation ist nicht lediglich »technisch-rationales Koordinationsinstrument« (ebd.), sondern als Folge der (umkämpften) Umsetzung von Umwelterwartungen und Strukturen zu deuten. Sie ist also v.a. Ausdruck von institutionellen Regeln und Erwartungen (kulturell, symbolisch, kognitiv), denen sich Organisationen nicht entziehen können (Meyer/Rowan 1977: 343). Mehr noch:

Um Legitimität zu gewinnen, werden strukturelle Elemente in die Organisation integriert (Walgenbach 1999: 319).²

Gesamtgesellschaftliche und kulturelle Einflüsse sowie politische und nationale Traditionen spielen eine erhebliche Rolle bei der Konstituierung von Organisationen und Institutionen.

Mit Institutionen können dabei sowohl zentrale politische Einrichtungen als auch eher symbolische und kognitive Elemente gemeint sein. Ähnlich den Netzwerktheoretiker*innen geht auch diese Denkrichtung von einer normativen Struktur aus, die dem Sozialverhalten Regelhaftigkeit verleiht. Damit kann man strukturelle Betrachtungen aus dem ersten Kapitel hinsichtlich Neopatrimonialismus und demokratischer Transition einerseits mit akteur*innenspezifischen Betrachtungen hinsichtlich Deutungsrahmen, politischen Kämpfen (*contention*) zwischen oppositionellen und strategischen Gruppen, den politischen Opportunitätsstrukturen sowie der Konstituierung von Akteur*innen in Netzwerken andererseits zusammenführen.

Politische Prozesse werden auf diese Weise nicht nur beschrieben, sondern erklärt, indem die Makro-Mikro-Dichotomie aufgebrochen und eine vermittelnde, intermediäre Instanz in die Analyse eingebracht wird. Diese erklärt die Entstehung von Positionen in Netzwerken und Netzwerkorganisationen und den Übergang von sozialen Bewegungen zu Clustern sozialer Bewegungen und deren eventuelle Konsolidierung in Parteien in Transitionsprozessen. Dabei werden die zu beschreibenden oppositionellen Organisationen entsprechend der These von wenig formalisierten Parteiakteur*innen in einem Transitionsprozess *in ihrer Form* als (strategische) Netzwerkorganisationen gefasst, die Ziel heftiger Kämpfe und zugleich wichtige*r Akteur*in des politischen Wandels sind (Pridham 2000b: 149). Die *umkämpfte*, fluide Hierarchie von Netzwerkorganisationen (Gebilde) gilt einerseits als durch materielle Elemente wie die verschiedenen Teilnehmer*innen, den damit verbundenen Zugriffsmöglichkeiten auf unterschiedliche Ressourcen, formulierte und formalisierte Kommunikationswege, Ziele und Strukturen determiniert. Andererseits stellen Netzwerkorganisationen ein Regelsystem dar, welches sich der Form nach *auch* durch eher implizite, informelle Elemente, wie eine »normative Struktur«, informelle Kommunikationswege, Überzeugungen, Ideologien/(politi-

2 An dieser Stelle soll betont werden, dass die neo-institutionalistische Theoretisierung der Umsetzung von Umwelterwartungen im Sinne des bisherigen theoretischen Vorgehens um den Aspekt des politischen und organisationalen Ringens (*contention*), also der durchaus konfliktbehafteten Aushandlung organisationaler Entscheidungen, erweitert wird. D.h. die Umsetzung von Umwelterwartungen ist nicht absolut, sondern nur graduell und verläuft entlang spezifischer Bruchlinien *innerhalb* von Netzwerken und Organisationen, da diese als nicht-homogene Gebilde gedacht werden, deren Einheit als soziale Beziehungssysteme *am Ende* sozialer Transaktionen steht.

sche) Kulturen und gesellschaftliche Normen beschreiben lässt, die ihrerseits umkämpft sind (vgl. dazu Mayntz/Scharpf 1995a: 41ff.).

Im Fokus des Interesses stehen einerseits die *Übergänge und organisationalen Verschmelzungen* sozialer (Protest-)Akteur*innen, Netzwerke, Netzwerkorganisationen zu festen sich konstituierenden Parteiapparaten und andererseits die Mikropolitiken innerhalb der neuen Organisationen. Dies betrifft zugleich ein anderes, zentrales Problem der Organisationssoziologie und des NI: Organisationsgrenzen sind nur selten trennscharf von der Umwelt zu unterscheiden, sie verflüssigen sich gewissermaßen und sind nur selten autark. Dies trifft auch auf die Bestimmung von Beteiligten bzw. Mitgliedern von Organisationen zu (Endruweit 2004: 19f.; Preisen-dörfer 2011: 60f.). Dieser Befund ist von besonderem Interesse, um Grenzen, Überlappungen und andere Beziehungsvarianten zwischen neuen Parteien und sozialen Bewegungen zu beschreiben und analytisch zu fassen (Kap. IV-11.2).

Für neue Parteien in Transitionsprozessen bedeutet dies, dass sie weniger stark gesellschaftlich verwurzelt sind als konsolidierte Parteiapparate, über kaum ausgeprägte Organisationsstrukturen verfügen, wenige Mitglieder sowie keine klaren Programme haben (Merkel 1997a: 10). Die für konsolidierte Parteiapparate gültigen formalstrukturellen Elemente wie Satzung, Programm, territoriale Ausdifferenzierung, Gremien und Organe sind bei neu konstituierten Parteien meist nur eingeschränkt vorhanden (vgl. für konsolidierte Parteien Bukow 2013: 113ff.). Umweltbedingte, prozesshafte und auf der phänomenologischen Ebene verortete Faktoren wie Unsicherheit, Personalismus, Informalität, Kämpfe um politische und soziale Partizipation, die (Nicht-)Anerkennung ideologischer oder politischer Gegner sowie synchron verlaufende Mikroprozesse der Identitätsbildung, positionale Aushandlung und diskursive Verbreitung von kollektiven *politischen* Identitäten und Ziele wirken sich hemmend auf ihre Strukturierung und Konsolidierung sowie ihre Problemlösungskapazitäten aus.

6.2 Parteien und Parteiensystem in Ägyptens Transitionsprozess

Regimewandel und Transitionen können im Sinne des NI als turbulente Umwelten operationalisiert werden, in denen verschiedene Akteur*innen – Bewegungen, Netzwerke, Netzwerkorganisationen – kooperieren, um gemeinsam ein spezifisches gesellschaftliches Problem – hier: Regimewandel – zu bewältigen. Die Schwierigkeit besteht allerdings darin, Regimewandel in seinem Doppelcharakter als Systemumwelt *und* als durch die Akteur*innen zu bewältigendes Handlungsziel zu operationalisieren. Es gilt, die Kriterien für den Systemwandel und die Errichtung von Demokratien als zu erfüllende Ziele durch die Akteur*innen zu beschreiben (Kap. I-2.3.1). Zugleich gilt aber auch, dass diese Ziele nicht statisch, sondern Ziel des strategischen Ringens der Akteur*innen sind und somit höchst *kontextuell*.

Dieser Punkt ist insbesondere von Interesse für die Analyse strukturell und personell fluider Netzwerkorganisationen in Transformationsprozessen, die aus Massenmobilisierungsprozessen von unten hervorgehen (Merkel 2010: 62ff.).

Die organisationalen Überlappungen zwischen informalen, sozialen (Protest-)Bewegungen, Netzwerken, daraus resultierenden oppositionellen, parteiförmigen Netzwerkorganisationen mit mehr oder weniger festem (formalisiertem) Organisationskern, lassen sich als offenes Geflecht/Metanetzwerk gesellschaftlichen (kollektiven) Handelns beschreiben, welches sich dynamisch, umkämpft (materiell, ideell) und relational zu politischen Gelegenheitsstrukturen vollzieht. Individuelle und kollektive Aushandlungen über Organisationsgrenzen hinweg hinsichtlich der politischen Ausrichtung, politischen Identitäten, der nächsten Handlungsschritte als auch der Positionen innerhalb dieses Geflechts, also der Organisierung der Organisation, finden andauernd und in konfliktiver Weise statt. Organisationale Übergänge sind sowohl auf individueller Ebene als auch auf kollektiver Ebene (in Form von Fusionen oder dauerhaften Allianzen) möglich.

Sowohl Identitäten, Diskurse und Traditionen *innerhalb* von Bewegungen und Netzwerken als auch Gelegenheitsstrukturen sowie »dominante, kulturell wirksame Möglichkeiten (*possibilities*) und Hemmnisse (*constraints*)« üben erheblichen Einfluss auf Beschaffenheit und Art und Weise aus, wie soziale Akteur*innen konstituiert sind und gesellschaftlichen Wandel zu beeinflussen suchen (Whittier 2002: 291). Zugleich unterliegt dieses Metanetzwerk Gegenstrategien des Regimes sowie institutionellen Hemmnissen, die sich wiederum auf deren Genese sowie Gelegenheitsstrukturen auswirken.

In Ägypten entstanden nach dem Sturz Mubaraks im Frühjahr 2011 und der (vorläufigen) Aufhebung des Parteienverbots im Laufe der Jahre 2011 und 2012 aus den einzelnen sozialen Bewegungen, Protestgruppen und losen Netzwerken mehrere Dutzend neue Parteien (Carbonari 2011; Dunne/Hamzawy 2017; Gemeinder et al. 2011). Doch nicht alle Netzwerke und Bewegungen schlossen sich Parteien an, viele blieben im Modus der Straßenpolitik, um sich weiterhin außerinstitutioneller Mittel bedienen zu können. Gleichzeitig schlossen sich viele der kleineren Parteien, aber auch größere Parteien, zu temporären Bündnissen zusammen, um überhaupt wahrgenommen und handlungsfähig zu werden. Aber zumeist zerfielen diese Bündnisse relativ rasch wieder (Kap. IV-12).

Diani spricht in diesem Zusammenhang auch von der Bedeutung und Notwendigkeit »organisationaler Dichte (*density*), politischen Identitäten, sozialer Homogenität und einem klaren kulturellen Ausdruck«, um Akteur*innen die Fähigkeit zu geben, politische Teilhabe zu erweitern (2000: 390f.). Man kann dies auch als Erfordernis der Konsolidierung von gruppenförmigen Akteur*innen bezeichnen (Kap. I-3.1.3), die in einem weiteren Schritt deren Konfliktfähigkeit (Kap. I-3.1.4) sowie – damit verbunden – die Fähigkeit betrifft, herrschende politische und soziale Grup-

pen herauszufordern und neue Formen sozialer sowie politischer Konfigurationen durchzusetzen.

Während die klassische Parteienlehre Parteien mit formalen Strukturen noch als die zentrale Vermittlungsinstanz zwischen Staat und Gesellschaft begreift, und dies anhand etablierter liberaler Demokratien im 20. Jahrhundert auch plausibel nachweisen konnte, verhält es sich anders mit Parteien in Transitionsprozessen (Merkel 1997a: 9f.). Zivilgesellschaftliche Organisationen, Graswurzelbewegungen, informale Netzwerke etc. wirken neben schwach strukturierten Parteien als intermediäre Transmissionsriemen und treten zum Teil mit ihnen in Konkurrenz, zum Teil wirken sie als komplementäre Vorfeldorganisationen. Eine Konsolidierung und Verdichtung von einzelnen Parteien und Parteiensystemen, verstanden als Teilsystem des politischen Systems (*polity*), trägt maßgeblich zur Konsolidierung junger Demokratien bei. D.h. anders als Parteien in etablierten Demokratien, müssen Parteien in entstehenden Demokratien »erhebliche Konsolidierungsleistungen für andere gesellschaftliche und politische Teilregime erbringen«, während sie zugleich erheblichen systemischen Einschränkungen ausgesetzt sind (ebd.: 13). Thesenhaft kann formuliert werden, dass das Dilemma, sowohl systemische Konsolidierungserfordernisse erfüllen als auch die eigene organisationale Konsolidierung vorantreiben zu müssen, zu einer Überforderung der organisationalen Kapazitäten von neuen Parteiakteur*innen in Transitionsprozessen führen kann, insbesondere wenn keine längere Liberalisierungsphase vorausging, wie es in Ägypten der Fall war (von Beyme 1997: 24).

Institutionelle Vorschriften können zu einer Schwächung der Parteien und Parteiensysteme führen, wie etwa ein niedriges Quorum für die Registrierung neuer Parteien, das gerne von Regimen als strategisches Mittel eingesetzt wird, um die Opposition zu zersplittern. In Ägypten lag dieses Quorum nach dem Sturz Mubarak bei lediglich 5000 Stimmen, um eine neue Partei registrieren zu können (Teti 2011: 13).

Darüber hinaus gibt v. Beyme sechs Konsolidierungskriterien für Parteien und Parteiensysteme in einem Transitionsprozess an, deren Existenz jedoch nicht als »Abhakliste« zu verstehen seien. Vielmehr entwickelt er sie induktiv aus der Betrachtung verschiedener Fälle in Osteuropa nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und betont den Einfluss des bisherigen Regimetypus für die Genese sowohl der einzelnen Parteien als auch des neuen Parteiensystems:

- »Ein Minimum an Extremismus
- Eine klare Cleavage-Struktur
- Trennung von territorialer und funktionaler Interessenrepräsentation
- Rückgang des Faktionalismus
- Wählerfluktuation (Volatilität)
- Koalitionsbildung« (von Beyme 1997: 34ff.)

Die verfügbaren Quellen gehen am Vorabend der ersten freien Parlamentswahlen 2011/2012 in Ägypten folglich von sehr vielen Parteien aus: Zwischen 50 (Carbonari 2011), 52 (Gemeinder et al. 2011), mehr als 50 (Erle et al. o.J.) bzw. 67 (Abed Rabbo 2011) zugelassenen Parteien schwanken die Angaben. Diese Zahl variierte in den Jahren bis 2013 aufgrund von Parteiauflösungen und Parteineugründungen, die erst nach den Parlamentswahlen stattfanden. Hasan hingegen gibt lediglich die Zahl der Hauptparteien (*»main parties«*) an, die zu den Parlamentswahlen antraten und beziffert diese mit dreizehn (2012). Die unterschiedlichen Zahlen zeigen die Volatilität des neuen Parteiensystems als auch die Instabilität und Unklarheit neuer Parteien und der ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Bruchlinien auf.

Zugleich kann dies als ein erster Hinweis auf die Schwierigkeiten gedeutet werden, die Forscher*innen bei der Erfassung ägyptischer Parteien begegnen: Erfassung und Gewichtung der Parteien sind sehr stark vom Zeitpunkt der Forschung und dem theoretischen Zugang abhängig. Während in der Frühphase der Revolution bis ins Frühjahr 2012 viele Parteien neu entstanden, wurde ihr politisches Gewicht oft anhand der Wahlergebnisse und/oder der beteiligten, prominenten Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft ermittelt.

Hinsichtlich eines entstehenden Parteiensystems während einer Transition gehen Lust/Waldner noch einen Schritt über v. Beyme hinaus und untersuchen den formativen Einfluss autoritärer Strategien auf Parteien und Parteiensysteme in post-autoritären Herrschaftskonfigurationen (2016: 176). Im Falle einer Duldung bestimmter Formen zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und Bewegungen sowie einem inklusiven Umgang mit loyalen Oppositionsparteien während des Autoritarismus, sei ein sehr heterogenes und unausgeglichenes postautoritäres Parteiensystem zu erwarten, das sich durch eine Vielzahl sehr schwacher und wenige starke Parteiakteur*innen auszeichnen würde. Dies wiederum habe großen Einfluss auf das Verhalten einzelner Parteien. Explizit zählen sie Ägypten zu diesem Regimetypus (ebd.: 163; 176).

Zudem unterscheiden sie drei Parteitypen, die in Transitionsphasen autoritärer Regime sichtbar würden: Blockparteien (*relic parties*), Bewegungsparteien (*movement parties*) und Neue Parteien (*novice parties*) (ebd.: 168ff.). In der Praxis sind Reinformen dieser Typen mit Ausnahme von Blockparteien eher selten anzutreffen. Während erstere sehr bekannt seien, aber kaum Zuspruch in der Bevölkerung hätten, zeichnen sich Bewegungsparteien durch einen vergleichsweise hohen Bekanntheitsgrad aus, verfügen über eine starke organisationale Basis, haben aber neben sehr vielen Befürworter*innen in der Gesellschaft viele Gegner*innen. Neue Parteien hingegen seien kaum bekannt und nur schwach organisiert. Viele würden schnell wieder von der Bildfläche verschwinden (ebd.: 168).

V. Beyme spricht in diesem Zusammenhang von »Taxi-Parteien«, die um einzelne Führer entstehen würden und deren Mitglieder in einem Taxi Platz finden könnten. Für sie gälte: »Every ism is a somebody-ism« (1997: 37). Wie die empiri-

sche Analyse zeigen wird, war dies in Ägypten sehr häufig der Fall. Die Fixierung auf große Persönlichkeiten in der Gründungsphase der Parteien war oftmals das überragende Merkmal und lässt sich mit dem vorherrschenden patriarchal-personalen Führungsstil aus dem neopatrimonialen System erklären. Damit erhoffte man sich, eine möglichst große Anhängerschaft zu mobilisieren. Zugleich machte dies die neuen Organisationen abhängig von einzelnen Namen. Sie konnten jederzeit mit Entzug ihrer Unterstützung drohen, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden.

So zählte etwa die Gerechtigkeitspartei (*hizb al-adl*) zu den eher unwichtigen Akteur*innen der Transition und wurde in einer Klassifikation neuer politischer Parteien ins Spektrum der liberalen Parteien aufgenommen (Teti 2011: 12). Gerechtfertigt wird dies damit, dass einer der Anführer der Partei, Mohammed an-Naggar sei, ein ehemaliger prominenter Muslimbruder, der mit der Parteineugründung versucht habe, diese im Zentrum zwischen links-säkularen Parteien und der FGP (Freiheits- und Gerechtigkeitspartei), der Partei der Muslimbruderschaft, zu positionieren. Während die Gerechtigkeitspartei zwar große Bekanntheit besaß, hatte sie zugleich jedoch kaum Unterstützer*innen oder Anhänger*innen in der Bevölkerung und verschwand bald wieder von der Bildfläche (Abed Rabbo 2011). Ein für Parteien typisches Schicksal, die zwischen den Polen Neue Parteien – Bewegungsparteien changieren.

Ähnliches lässt sich von vielen anderen sowohl eher linken als auch eher rechten Parteien sagen, wie etwa der Partei Freies Ägypten (*hizb misr al-hurriya*) des prominenten Aktivisten und Politologen Amr Hamzawy oder der von den Revolutionären Sozialisten initiierten Demokratischen Arbeiterpartei (*hizb al-ummal ad-dimuqratiy*), die sich später aber der Sozialistischen Volksallianz (*hizb at-tahaluf ash-shabi al-ishtirakiy*) anschloss (Interview – Partei Sozialistische Volksallianz, 2016: Absatz 110; Interview – Sozialdemokratische Partei Ägyptens, 2017: Absatz 18; Teti 2011: 12f.).

Neue Parteien entstehen Lust/Waldner zufolge durch das Engagement von Aktivist*innen oder im Autoritarismus exilierten Politiker*innen (2016: 174). Parteien ehemals Exilierter profitieren auf nationaler Ebene überproportional vom Bekanntheitsgrad ihrer Anführer (symbolisches Kapital). Ein zumeist klares politisches Profil ist ein weiterer Vorteil, dem allerdings schwache Wählerbindung in ländlichen und ärmeren städtischen Vierteln gegenübersteht (ebd.).

Umgekehrt haben Neue Parteien, die von Aktivist*innen gegründet werden, eher Probleme, auf der nationalen Ebene Unterstützung zu generieren, während sie lokal meist gut verankert seien. Strategien, die darauf abzielen, die Kräfte neuer Parteien zu bündeln, um die Konfliktfähigkeit zu erhöhen, scheitern allerdings zu oft daran, dass die Zeit bis zu den ersten Wahlen zu kurz sei, was zweitens dazu führe, keine inhaltlich oder ideologisch ausformulierten Parteiprogramme entwickeln zu können, d.h. die Allianzen bleiben polit-strategischer Natur. Drittens

leiden diese Allianzen oft unter dem Irrglauben von Parteien, dass sie auf diese Allianz nicht angewiesen seien, weil sie ihre eigene Stärke überschätzen würden (ebd.: 175). Wie sich in der empirischen Analyse der ägyptischen Parteiakteur*innen zeigen wird, hat auch diese Fehleinschätzung Einfluss auf das Parteiensystem und das Agieren der Akteur*innen gehabt.

Diese Faktoren stellen sowohl akteur*innenimmanente als auch systemische Aspekte gegenüber und sind entscheidend, um einerseits die Stoßrichtung der empirischen Analyse zu verstehen und andererseits, um den Verlauf der Transition und ihr *vorläufiges* Ergebnis verstehen zu können: Es geht nicht nur um einzelne Parteien und deren Struktur, sondern vielmehr um Parteikonstellationen, das Parteiensystem sowie die durch Unsicherheit geprägten und auf beide Entitäten rückwirkenden politisch-gesellschaftlichen Ebenen.

Neben der Einordnung von Parteien in die Kategorien von Lust/Waldner, sollen diese nach (a) ideologischen Kriterien (politisches Links-Rechts-Spektrum), (b) weltanschaulich-religiöser Ausrichtung (Islam-Säkularismus) sowie (c) ihrer Nähe (Entfernung) zum Regime bestimmt werden (prostaatlich-kooptiert-oppositionell). Zusätzlich soll (d) eine Einschätzung der gesellschaftlichen Bedeutung von Parteiakteur*innen auf Basis ihres Abschneidens bei den ersten freien Parlamentswahlen nach der Revolution vorgenommen werden. Auf diese Weise soll eine Matrix der für die Analyse der Transition wichtigsten Parteiakteur*innen generiert werden. Nur selten lassen sich diese Merkmalsausprägungen *eindeutig* Parteiakteur*innen zuordnen. Sehr oft hat man es mit Grauzonen zu tun, insbesondere was die Staatsnähe und die Einordnung der Partei in die Matrix von Lust/Waldner betrifft. Am ehesten sind auf der Säkularismus-Islam-Achse klare Verortungen zu erwarten.

Ideologie: Da es sich bei den meisten infrage kommenden parteiförmigen Akteur*innen um neu konstituierte Parteien handelt, deren programmatische und ideologische Ausrichtung häufig sehr volatil, unausgereift (politische Programme umfassen häufig lediglich einige wenige Seiten, die eher Prinzipienerklärungen darstellen) und geradezu unklar ist und die sich häufig durch einen exzessiven Nationalismus auszeichnen, der im Prinzip das einzige signifikante Merkmal ihrer Ideologie ist, muss auf eine *gesicherte* Verortung der jeweiligen Partei im rechts-links-Spektrum Ägyptens verzichtet werden (vgl. exemplarisch die folgenden Programme Dustur-Partei 2012; Gerechtigkeitspartei 2011; Partei der Freien Ägypter 2011b; Sozialdemokratische Partei Ägyptens o.J.b; Sozialistische Volksallianz 2011). Aussagen darüber können oftmals dennoch getroffen werden, etwa, wenn die Partei prominente Anführer*innen hat, deren politische und wirtschaftspolitische Positionen bekannt sind oder der Name der Partei eindeutige politische Zuordnungen insinuiert. Außerdem wurde – vorsichtig – auf bereits veröffentlichte Forschungsliteratur zurückgegriffen, um hier eine politische Einordnung zu präzisieren (Car-

bonari 2011; Gemeinder et al. 2011, deren Klassifikation allerdings große Lücken aufweist; Hasan 2012).

Weltanschauung: Gemäß des Untersuchungsgegenstandes, nämlich *säkulare* parteiförmige Organisationen sowie in deren Vorfeld gelagerte Netzwerke zu untersuchen, wurden nur solche Organisationen in die Matrix aufgenommen, die sich nicht religiös legitimierten und definierten und in programmatischer Hinsicht nicht mehr Islam in der Gesellschaft durchsetzen wollten. Des Weiteren wurden die Selbstverortung und das Selbstverständnis der jeweiligen Partei in dieser Frage herangezogen. Ausnahmen wurden bei der Parteineugründung der Muslimbruderschaft FGP sowie der salafitischen Partei des Lichts (*hizb an-nour*) aufgrund ihrer überragenden Bedeutung für den politischen Prozess gemacht.

Historische und ideengeschichtliche Betrachtungen über den Säkularismus bzw. das Verhältnis von Islam und Demokratie in Ägypten sind aus forschungspraktischen und erkenntnistheoretischen Gründen nicht Bestandteil der Arbeit (vgl. hierzu Cavuldak et al. 2014; Esposito et al. 2016; Hefny 2014; Krämer 1999). Zudem soll durch diese Entscheidung der Eindruck vermieden werden, dass der ideell-weltanschauliche Gegensatz zwischen Islam und Säkularismus determinierend für die Forschungsanlage war. Vielmehr werden die materiell-politischen Interessengegensätze im Aushandlungsprozess, die in ihrer *Form* weltanschauliche Polarisierungen und Überformungen annehmen *können*, beschrieben.

Eine weitere Bemerkung zum Begriff des Säkularismus darf an dieser Stelle jedoch nicht fehlen, da sie auch forschungspraktische Konsequenzen hat: In der (politischen) Praxis herrscht eine gewisse Unsicherheit darüber, mit welchem Begriff man sich als Säkulare*r bezeichnen soll, oder ob man dies überhaupt tun sollte. Dies hat weniger mit ideologischer oder programmatischer Verunsicherung zu tun, als mit einem praktischen Tabu, was den arabischen Begriff des Säkularismus, *almaniya*, angeht (Hefny 2014: 21). Dieser leitet sich von der Wortwurzel *a-l-m* ab und kann als »Weltlichkeit« übersetzt werden. Insbesondere eifrige Verfechter eines politisierten Islams missbrauchen diesen Begriff als Waffe, um ihre Gegner*innen als islamischer Religiosität und Glaubenslehre gänzlich abgewandte Häretiker*innen zu diffamieren (Kap. IV-13.4). Deshalb wird im Arabischen oftmals auf das Adjektiv *madaniy* zurückgegriffen, um säkulare Einstellungen zu beschreiben. Es trägt zwei Bedeutungsebenen in sich: Einmal kann es als »zivil« i.S.v. nicht militärisch übersetzt werden und einmal als »zivil« i.S.v. nicht religiös-theokratisch.

Staatsnähe: Zwar wurde bei diesem Kriterium primär auf oppositionelle Parteien abgehoben, die nach dem Sturz Mubaraks entstanden; jedoch ist für die Analyse des politischen Prozesses von großem Interesse, wie etwa die kooptierte (neue) Partei der Freien Ägypter oder die weithin bekannten und alten Parteien Tagammu (links) und Wafd (liberal) sich gegenüber dem Regime und oppositionellen Parteien

positionierten. Aus diesem Vorgehen erhofft sich der Autor, Rückschlüsse auf den gesamten Prozess und das neu etablierte Parteiensystem ziehen zu können.

Politische Bedeutung: Ein weiteres Kriterium lässt sich mit *Bedeutung der Partei* im Parteiensystem bezeichnen. Von Interesse sind Parteien, die an den ersten freien Parlamentswahlen 2011/2012 teilgenommen haben und signifikante Stimmenanteile für sich verbuchen konnten.³ Im Falle von Mohammed al-Baradeis Dustur-Partei, die sich erst im Laufe des Jahres 2012 gründete, wurde von diesem Schema abgewichen. Die große Popularität ihres Vorsitzenden sowie ihre Bedeutung im Transitionsprozess legitimieren diese Abweichung vom Vorgehen.

Eine *Kombination* aller Merkmale ist für eine präzise soziostrukturelle, weltanschauliche sowie machtpolitische Bestimmung der fraglichen Akteur*innen notwendig. Außerdem soll sie helfen, die für die Analyse des ägyptischen Transitionsprozesses maßgeblichen Akteur*innen zu bestimmen und ihr organisationales Verhalten während dieses Prozesses besser interpretieren zu können. Eine – notwendigerweise subjektive – schematische Darstellung der wichtigsten Parteiakteur*innen zwischen 2011 und 2013, die aufgrund dieser Kriterien ausgesucht wurden, soll nun folgen (Abbildungen 2 & 3).

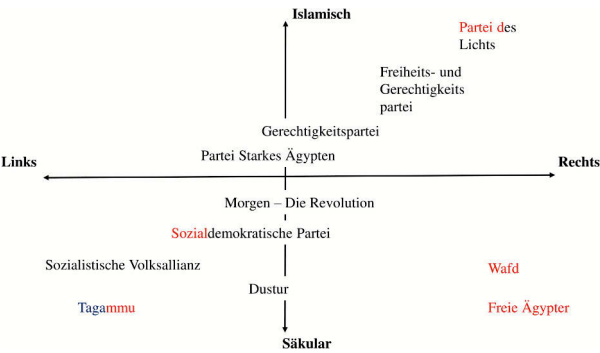
3 Um die Aufnahme von Splitterparteien in die Matrix zu vermeiden, die nur knapp ins Parlament eingezogen sind, muss diese gewiss etwas willkürliche Grenze gezogen werden. Damit soll sichergestellt werden, dass nur Parteien in die Matrix aufgenommen werden, die ein gewisses politisches Gewicht mitbringen.

Abbildung 2: Parteienspektrum nach machtpolitischer Positionierung



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 3: Parteienspektrum nach Weltanschauung



Quelle: Eigene Darstellung

7. Zusammenfassung und Synthese der Theorie

7.1 Zusammenfassung

Macht, Konflikte um Einflusschancen sowie die daraus resultierende Organisation von Konflikt¹ in politischen Systemen stehen im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit. Organisation von Akteur*innen, strategisches Handeln und die Mobilisierung von materiellen wie immateriellen Ressourcen, um das je anvisierte Ziel zu erreichen, sind die wesentlichen theoretischen Elemente gewesen, um die es in der bisherigen Auseinandersetzung ging und die helfen sollten, Regimewandel sowie die Rolle von Akteur*innen darin zu erklären. Der Verlauf der theoretischen Analysen hat aufgezeigt, dass mehrere Zugänge notwendig waren, um verschiedene Aspekte demokratischer Transition zu beschreiben. Im Folgenden sollen diese kurz einer kritischen Revision unterzogen werden, um daraus die notwendige theoretische Verdichtung und Verknüpfung im Hinblick auf das konkrete Untersuchungsfeld ableiten zu können:

Erstens: Ausgangspunkt war die Darstellung des systemischen Status Quo, der sich auszeichnet durch eine gruppenspezifische Interessendurchsetzung und in dem Institutionen als Transmissionsriemen dieser gruppenspezifischen Machtausübung fungieren. Konflikte um die Gestaltung des neopatrimonialen politischen Systems bzw. dessen Reformierung stoßen an enge Grenzen: Die Organisation oppositioneller Gegenmacht ist meist nur in von den herrschenden Gruppen kooptierter Form möglich und deshalb systemimmanent. Die strukturfunktionalistische Erklärung der Systemstabilität anhand von Systemeigenschaften ist zirkulär. Die Handlungsmacht (*agency*) oppositioneller Akteur*innen unabhängig von einem Herrscher bzw. von systemimmanenten Bedingungen kommt nicht vor. Das gesamte Konstrukt ist sehr statisch.

Kulturelle Elemente spielen in diesem Ansatz kaum eine Rolle, strukturell bedingte Zugriffsmöglichkeiten auf Ressourcen stehen im Fokus. Regimewandel

1 Konfliktlösung erheischt mehr als eine bloße Regulierung widerstreitender Interessen. Sie bedarf der Organisation einerseits von konfliktfähigen Akteur*innen und andererseits der Organisation des Konfliktablaufs sowie drittens der Neuorganisation der umkämpften politischen Ordnung.

neopatrimonialer Systeme ist meist durch eine starke Pfadabhängigkeit vor allem von den Charakteristika Informalität, Unsicherheit, Elitenkonkurrenz geprägt. Die Persistenz dieser Systeme führt zumeist zu einem hybriden Mischsystem, in welchem sich demokratische und autokratische Elemente synchron gegenüberstehen.

Zweitens: In der Tradition des Ressourcen Mobilisierungsansatzes steht der SKOG-Ansatz. Regierungsmacht und oppositionelle Gegenmacht stehen hier in einem konfliktiven Verhältnis. Organisation und Konfliktfähigkeit oppositioneller Gruppen stehen bei der Beschreibung möglicher Systemtransformation im Mittelpunkt, deren Ziel die Etablierung von demokratischen Institutionen ist, die als »Filter« gruppenspezifischer Machtansprüche fungieren (Keck 1991: 637). Zwar wird Ideologien großer Einfluss bei der Festigung von gruppenmäßiger Konflikt- und Organisationsfähigkeit zugeschrieben. Jedoch verzichtet die Theorie über eine sozioökonomische Bestimmung gemeinsamer Interessen hinaus auf eine Beschreibung, wie Ideologien, Gruppenidentitäten und politische Kultur entstehen und zusammenspielen. Vor allem Ideologien und Gruppenidentitäten werden als von der sozio-strukturellen Lage vorgegeben betrachtet.

Der Ansatz wurde in der vorliegenden Arbeit um zwei Komponenten erweitert und aktualisiert: Zum einen um den Ansatz der ideologischen Parteienfamilien, der das Handeln strategischer und kollektiver Akteur*innen/Gruppen als gesellschaftliche Bruchlinien versteht, die in institutionalisierter Form zu Parteien gerinnen. Und zum anderen wurde auf theoretischer Ebene die identitätspolitische Dimension des Konflikts zwischen diesen Gruppen mit Hilfe von Mouffes Ansatz über das Politische sowie in der liberalen Tradition verankerten Anerkennungstheoretischen Modellen erklärt. Zentrale These in diesem Zusammenhang ist, dass identitäre Feindschaft in eine von Anerkennung getragene Gegnerschaft transformiert werden müsse samt dazugehöriger agonaler bzw. dissonanter pluraler Sphären der Aushandlung, um ein auf Dauerhaftigkeit² angelegtes politisches Gemeinwesen etablieren zu können, das in seinem Kern demokratisch verfasst ist.

Drittens: Der Contentious-Politics-Ansatz bietet lediglich einige heuristische Instrumente an die Hand, um Konflikte zwischen Gruppen zu analysieren, die um die Neuordnung bzw. Reform einer politischen Ordnung ausbrechen. Der Ansatz zeigt sich in weiten Teilen anschlussfähig an das SKOG-Konzept: Sowohl in der Konstellation der Akteur*innen als auch in ihrer machtpolitischen Konfiguration überwinden beide Modelle den systemtheoretischen Pessimismus neopatrimonialer Theoriebildung, indem sie oppositionellen gesellschaftlichen

2 Der in politischen Zusammenhängen etwas esoterisch anmutende Begriff der Dauerhaftigkeit soll an dieser Stelle eine auf Stabilität gründende politische Ordnung meinen, die nicht geprägt ist von anhaltenden, zersetzenden Konflikten, die die Existenz dieser Ordnung gefährden.

Akteur*innen Problemlösungs- und Konfliktfähigkeitspotentiale über die vom System gezogenen Grenzen hinaus zugestehen.

Allerdings verzichten die Autor*innen des Contentious-Politics-Ansatzes auf eine soziostrukturelle Bestimmung der Akteur*innen. Die Systemumwelt beschreiben Tilly und Tarrow dabei als Cluster aus verschiedenen strukturellen Variablen, die sich auf das Handeln der Akteur*innen auswirken. Veränderungen der Variablen bewirken Veränderungen im Verhalten *und umgekehrt*.

Dieses immer noch etwas statische Verhältnis von Struktur und Handlung brechen sie allerdings auf, wenn sie die Konstruktion politischer Identitäten analysieren: Im Gegensatz zu gemeinsamen Interessen (die sie nicht negieren), welche im Mittelpunkt des SKOG-Ansatzes stehen, betonen sie die Rolle von gemeinsamen Sinnzuschreibungen (*shared meanings*) bezüglich der Relationalität politischer Identitäten und deren flexibler Gestalt sowie politischer Opportunitätsstrukturen. Damit gehen sie einen ersten Schritt in Richtung Konstruktivismus. Allerdings bleiben sie mit ihrem, vielfach als an einem strukturalistischen Übergewicht leidend kritisiertem, Ansatz hinter Forschungen zurück, die die Mikroperspektive von Prozessen der Entstehung kollektiver politischer Identitäten sowie vermittelnder Deutungsrahmen durch kommunikative Prozesse beschreiben.

Viertens: In solchen Mikroperspektiven nehmen Erwartungen, Ideen, Interpretations- und Deutungsmuster sozialer Realität die Hauptrolle ein. Ideen werden nicht als gegeben oder als apriorische Instanzen menschlichen Handelns gesetzt, sondern als Resultat vielfältiger, sich überlagernder Aushandlungsprozesse. Deren Verdichtung zu kollektiven sozialen und/oder politischen Identitäten ist wichtiger Bestandteil von Mobilisierungsprozessen, da sie die notwendige Bindungskraft zwischen den einzelnen Individuen herstellen.

Fünftens: Die Netzwerktheorien, die in dieser Arbeit behandelt wurden, versuchen den Dualismus zwischen krudem Strukturfunktionalismus einerseits und individualistischen Handlungstheorien aufzuheben, indem sie einen strukturalistischen Konstruktivismus zu begründen suchen, der Kultur, Handlung und Struktur gleichberechtigt verhandelt und sich durch die Einführung einer vermittelnden Mesebene auszeichnet. Kommunikation kommt zentrale Bedeutung bei der Konstruktion von Wirklichkeit, ja von Identitäten zu, die als Resultat überpersonaler Transaktionsprozesse gedeutet werden. Netzwerke sind sowohl das unmittelbare soziale Umfeld der Individuen als auch Resultat dieser Transaktionsprozesse, ein übergeordnetes gesellschaftliches Ordnungssystem existiert nicht.

Jedes Netzwerk habe zwar eine Hack- oder Rangordnung mit entsprechender sehr flacher Machtdifferenzierung und klarer Rollenverteilung, die sich auf der Mesebene befindet. Machtgruppen per se gibt es aber nicht, wie etwa die SKOG-Theorie annimmt. Wo die Macht zwischen den Individuen erzeugt wird, an welchen Kriterien diese festgemacht wird, bleibt im Dunkeln. Während diese Theorie die Lücke zwischen Makro- und Mikrobetrachtungen schließt, so bleibt doch

eine zentrale Frage ungeklärt: Implizit gehen Netzwerktheoretiker*innen immer von einem Gelingen der Transaktionen aus, von einem zwar mitunter konfliktiven Aushandeln der positionalen Rangordnung, nicht jedoch von einem Scheitern oder einem Konfliktverlauf, der nicht regulierbar ist. Die mögliche Krisenhaftigkeit eines solchen Modells wird in der Forschung kaum berücksichtigt. Macht und damit Machtungleichgewichte sowie daraus resultierende Konflikte werden durch die Allgegenwart von kleinteiligen, polyzentrischen, heterarchischen Netzwerken aufgehoben. Damit steht die Theorie in der Tradition liberaler Gesellschaftstheorien, die immer von einer Integration sozialer Konflikte ausgehen.

Die Ausweitung dieser Theorie auf sogenannte Netzwerkorganisationen, als Metastruktur heterarchisch konzipierter Netzwerke, findet vor allem in der Unternehmens- und Managementforschung Resonanz, lässt sich aber gut auf die vorliegende Fallstudie übertragen: Die theoretische Konzeption von Netzwerkorganisationen als flache Hierarchien schnell aktivierbarer Verbünde einzelner, autonomer Akteur*innen, die in turbulenten Umwelten situiert sind, ist für die strukturelle Beschreibung von schwach konsolidierten Parteien in Transformationsprozessen anschlussfähig, wie die theoretische Zuspitzung anhand des politikwissenschaftlichen Neoinstitutionalismus gezeigt hat.

Aus dieser zusammenfassenden Komprimierung theoretischer Erkenntnisse lassen sich für den vorliegenden Untersuchungsfall Leitfragen sowie Dimensionen für den Fortgang der empirischen Analysen ableiten, die helfen sollen, das Untersuchungsfeld besser strukturieren zu können.

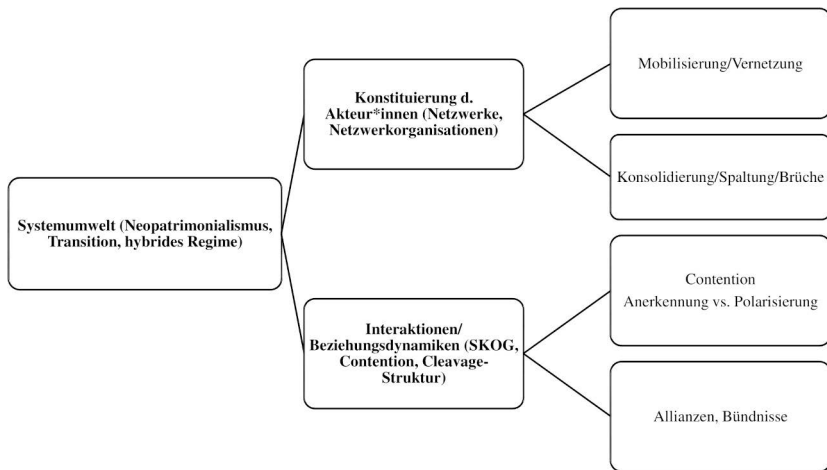
7.2 Synthese: System, Akteur und Beziehungsdynamik – Relationale Transition

Ausgehend von der Einbettung der Forschungsfragen in eher strukturell orientierte politikwissenschaftliche Theorien der Transformation neopatrimonialer autoritärer Systeme einerseits und der Beschreibung der Handlungsebene durch konflikttheoretische Ansätze (Contentious Politics, Cleavage-Ansatz, SKOG, Begriff des Politischen) sowie konstruktivistischen Theorien netzwerkartiger und strategischer (Mikro-)Mobilisierung und Organisation andererseits, sollen nun drei übergeordnete Dimensionen eingeführt werden, die helfen, die theoretischen Erkenntnisse einerseits zu abstrahieren und zu verdichten sowie andererseits, diese eng mit dem Fortgang der empirischen Untersuchung zu verknüpfen und auf die beschriebenen Parteiakteur*innen zu übertragen.

Diese Dimensionen sind: Systemumwelt/Umweltdimension, Mobilisierung und Konstituierung der Akteur*innen sowie Beziehungsdynamiken und Parteikonstellationen zwischen Akteur*innen (vgl. Abbildung 4). Alle Dimensionen korrespondieren mit den theoretisch gewonnenen Erkenntnissen, spiegeln diese

wider und sind als *relationale Größen* zu betrachten. D.h. sie stehen in einem interdependenten Verhältnis zu einander. Struktur, Handlung und Kultur gehen eine enge Beziehung ein. Sie sollen die empirische Analyse anleiten, indem sie in einem weiteren Schritt verstehenslogisch zu Kategorien umgedeutet werden, mittels derer das erhobene Datenmaterial strukturiert werden soll. Von diesen drei übergeordneten Dimensionen werden dann jeweils mehrere Haupt- und Unterdimensionen abgeleitet (Kap. III-9.2).

Abbildung 4: Schematische Darstellung der Analysedimensionen



Gemäß dem Untersuchungsdesign einer engen Verknüpfung von strukturellen mit handlungstheoretischen Ansätzen, geht die empirische Untersuchung von der Prämisse aus, dass die Dimension Systemumwelt sich stark auf das Akteurshandeln auswirkt (und umgekehrt), so dass es forschungslogisch und erkenntnistheoretisch keinen Sinn ergäbe, sie isoliert zu betrachten.

Da die Umweltdimension sozusagen auf der phänomenologischen Ebene der Geschehnisse wirkt und deshalb in Zusammenhang mit Aussagen und Fakten über ein bestimmtes Ereignis, einen Prozess, eine Rekonstruktion bestimmter Verfahren und tagespolitischer Ereignisse zu lesen ist, soll die *Umweltdimension* als übergeordnete Dimension operationalisiert werden, die in die beiden anderen Dimensionen *Konstituierung der Akteur*innen* sowie *Beziehungsdynamiken* hineinspielen kann. Mit anderen Worten, Strukturbedingungen wirken sich unmittelbar auf die Handlungsoptionen der Akteur*innen aus, und werden in der Analyse deshalb als Faktoren behandelt, die die anderen Dimensionen überlagern können.

Daraus ergeben sich folgende näheren Beschreibungen der Dimensionen:

- 1) *Umweltbedingungen (Eigenschaften neopatrimonialer politischer Systeme, Transition, existierende (objektive) Konfliktlinien, hybrides politisches System)*: Diese Dimension der Analyse bezieht sich auf formelle und informelle Charakteristika des neopatrimonialen autoritären Systems, die im Transitionsprozess weiterhin wirksam sind (Informalität, Klientelismus, Kooptierung etc.) und Handlungsoptionen sowie Möglichkeitsstrukturen neuer politischer Akteur*innen hemmen bzw. beeinflussen (Kap. I-2). Dies wurde als Pfadabhängigkeit oder institutionelle historische Vermächtnisse (*institutional historical legacies*) theoretisiert (Bermeo/Yashar 2016: 25; Erdmann 2002; Erdmann/Engel 2006; Hamid 2014; Lust/Waldner 2016: 158; Tarrow 1988: 428) (Kap. I-2.3.1).

Autoritäre Systeme zeigen einen hohen Grad an Persistenz, die, vermittelt durch strategisches Handeln von Angehörigen der Regimekoalition, dazu führt, dass das politische System in der Transition weiterhin Merkmale des bisherigen Regimetypus aufzeigt. Allerdings können auch eher polit-kulturelle oder auf das Verhalten von Akteur*innen bezogene Faktoren darunter fallen. Die Begriffe »Einstellungs- und Verhaltenskonsolidierung« (*attitudinal und behavioural consolidation*) beschreiben entsprechend Prozesse, in denen es zu einer Konsolidierung von Einstellungen und Verhaltensweisen kommt³, die der Demokratisierung nicht (mehr) zuwiderlaufen und als letzter Schritt demokratischer Konsolidierung betrachtet werden (Merkel et al. 1996a: 12).

Auf der Makroebene wirken sich die Merkmale der sogenannten hybriden Regime direkt auf das neu konstituierte Parteiensystem sowie auf die institutionell-strukturelle Dimension (*polity*) des Staates und damit auf die Erfolgsaussichten der Demokratisierung aus. Aus heutiger Sicht, also neun Jahre nach Ausbruch der ägyptischen Revolution, lässt sich zwar konstatieren, dass der Systemwechsel *vorerst* gescheitert ist, die Akteur*innen ihren Anspruch, eine Demokratisierung der Institutionen und der Politik zu erreichen, nicht verwirklichen vermochten. Denn schließlich hängt der dauerhafte Erfolg der Transition eines autoritären Systems maßgeblich davon ab, welche institutionellen Neujustierungen und politischen Subjektivationen auf individueller Ebene gerade trotz der Persistenz des bisherigen Systems von den Vertreter*innen der

3 An dieser Stelle sei lediglich an die Pioniere der politischen Kultur-Forschung Almond/Verba erinnert (1963); (1980). Es würde gewiss zu weit führen, in das weite Feld der politischen Kultur-Forschung einzutauchen, zumal die angesprochene Konsolidierung demokratischer Einstellungen in Form einer zivilgesellschaftlichen Kultur (*civic culture*) ein Prozess ist, der Jahrzehnte andauern kann und deshalb eher in den Bereich der Konsolidierung von Demokratien gehört. Nichtsdestotrotz ist es für die Forschung – und gerade auch im Falle Ägyptens – von großem Interesse, wie sich die Konstituierung demokratischer politischer Subjektivität im Wechselspiel mit (post-)autoritären Umweltbedingungen gestaltet und verfestigt. Eine eingehende Analyse dieses Zusammenhangs kann die vorliegende Studie jedoch nicht leisten.

Demokratie durchgesetzt werden können und als legitim wahrgenommen werden. Deswegen ist es jedoch umso wichtiger, die Systembedingungen, unter denen die Akteur*innen sich zwischen 2011 und 2013 bewegt haben, in der empirischen Analyse zu untersuchen.

Leitfragen für die empirische Untersuchung ergeben sich hier hinsichtlich der Auswirkungen der Pfadabhängigkeit des politischen Transitionsprozesses auf die Opportunitätsstrukturen der oppositionellen Akteur*innen, inwieweit insbesondere implizite Dimensionen der Systemumwelt wie Informalität politischer Prozesse, Kooptation von oppositionellen Akteur*innen durch das (noch) herrschende Regime etc. sich auf das Handeln der Akteur*innen auswirken. Aber auch die in Kapitel I-3 theoretisch beschriebenen gesellschaftlichen, in Parteikonstellationen sich artikulierenden (objektiven) Konfliktlinien (*cleavages*) und die daraus resultierende politische (subjektive) Konfrontation spielen auf einer eher ideologischen Ebene eine Rolle und wirken sich auf die Handlungsoptionen der Akteur*innen aus: Nichtinstitutionalisierte Klassegegensätze und -konflikte spielen in Ägypten bei Aushandlungsprozessen und der Bezugnahme auf andere Akteur*innen eine Rolle, so lautet die These, und sollen als strukturell gelagerter Paternalismus operationalisiert immer wieder in die Analyse der Beziehungsdynamiken miteinbezogen werden.

- 2) *Konstituierung der Akteur*innen (Mobilisierung, Vernetzung, schwache Konsolidierung)*: Bei dieser Analysedimension steht die prozesshafte Genese und Konstituierung säkularer parteiförmiger Netzwerkorganisationen im postautoritären Ägypten der Jahre 2011-2013 im Fokus.⁴ Die Bedeutung von Parteien sowohl für konsolidierte Demokratien als auch für einen Transitionsprozess ist hinlänglich in der politikwissenschaftlichen Diskussion besprochen worden, weshalb hier darauf verzichtet werden soll, dies detailliert zu wiederholen (Bermeo/Yashar 2016; Mainwaring 1999; Merkel 1997a, 1997b; Sartori 1976). Vielmehr soll lediglich betont werden, dass die grundlegende Prämisse geteilt wird, wonach Parteien als essenzielle Organisationen in einer Transition gelten, um das (neue) politische System »in Gang zu setzen« und um zwischen verschiedenen politischen Lagern zu vermitteln (Power o.J., 2015). Zugleich sind sie soziale Organisationen und als »Ausdruck sozialer sowie ideologischer Kräfte und/oder programmatischer Forderungen und Ziele« zu verstehen, die ihren Mitgliedern Zugang und Teilhabe gewährleisten (Steffani 1997: 189ff.).

4 Die Bezeichnung postautoritär soll an dieser Stelle nicht in die Irre führen: Damit ist in erster Linie gemeint, dass der etablierte Autoritarismus unter Mubarak zunächst überwunden schien, und an seine Stelle für eine kurze Zeit ein neues, noch nicht konsolidiertes Herrschaftssystem trat, das den Kriterien von Merkel folgend als defekte Demokratie oder eben als hybrides System bezeichnet werden kann (Kap. I-2.3.1).

Im Folgenden geht es also nicht um die Beschreibung eines ideellen Soll-Zustands von Parteien in sich demokratisierenden, nicht-europäischen, postautoritären Kontexten, was v.a. die normativ geprägte Demokratisierungsforschung der 1990er Jahre oft ausgezeichnet hat (Bos 1996: 82; Kollmorgen et al. 2015: 25; Nohlen/Thibaut 1996: 215; O'Donnell/Schmitter 1989: 3; Rüb 1996: 112). Diesem Forschungszweig zufolge verlaufen Transitionen linear und teleologisch auf die Verwirklichung und Institutionalisierung zunächst von funktionierenden Parteiapparaten und dann von liberal-parlamentarischen Demokratien hin. Der Dreiklang aus Liberalisierung-Demokratisierung-Konsolidierung galt in der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung lange Zeit praktisch als Axiom (Kollmorgen et al. 2015: 24; O'Donnell/Schmitter 1989: 6ff.).

Gewissermaßen antithetisch dazu, werden Transitionen und sie begleitende Veränderungen der Institutionen und Akteur*innenkonstellationen als prozesshafter Verlauf begriffen, der geprägt ist von vielen Wendungen, Rückschlägen sowie strategischem, umkämpftem Akteur*innenhandeln, in dessen Zentrum das Ringen um eine Neuverhandlung und Neugestaltung grundlegender institutionell-rechtlicher Rahmenbedingungen für politische Akteur*innen und ihre Klientel steht. Ein Gelingen dieses Prozesses wird weder vorausgesetzt noch als alternativlos betrachtet.

Analog dazu wird die Konstituierung und eventuelle Konsolidierung netzwerkartiger Parteien in dieser Analysedimension als schwach institutionalisierte Akteur*innen als widersprüchlicher, nicht-linearer Prozess begriffen, der sich in einer turbulenten Umwelt vollzieht und deswegen scheitern kann. Im Fokus dieser Dimension steht folglich die Beschreibung und Analyse des *Verlaufs* dieses Konstituierungsprozesses, *nicht so sehr sein Ergebnis*.

Transformationstheoretisch gesprochen: Es geht um eine Analyse ausgewählter Akteur*innen in der Liberalisierungsphase, die in dieser Arbeit aber nicht als solche begriffen wird bzw. aufgrund der widersprüchlichen Tendenzen und Dynamiken der Jahre 2011-2013 in Ägypten nicht ohne weitere Erklärungen als solche bezeichnet werden kann.

Darüber hinaus geht die Analyse dieser Dimension über klassische transformationstheoretische Betrachtungen hinaus, indem sie – analog zur Theoretisierung dieser Prozesse in Kapitel II-4 & 5 – nicht nur die Struktur der Parteien und die verschiedenen Phasen ihrer Entstehung auf einer Makroebene beschreibt, sondern sie zielt auf eine Beschreibung der Prozesse der Mobilisierung, der politischen Identitätsbildung, Vernetzung und Aushandlung der Positionen innerhalb der Parteien sowie die eventuelle Konsolidierung. Folglich wird zwischen den beiden Dimensionen Konstituierung (a) und Konsolidierung (b) von Akteur*innen unterschieden:

- a) Die Analyse mobilisatorischer, konstruktivistisch-vermittelnder sowie netzwerktheoretischer Aspekte der Akteur*innenkonstituierung wird von folgenden übergeordneten Fragen strukturiert: Wie wurde mobilisiert, welche mobilisierenden Slogans sowie Deutungsmuster wurden eingesetzt, um die Situation einzuordnen und in der Folge zum kollektiven Handeln überzugehen? Wie waren die Aushandlungsprozesse und Erwartungen der Akteur*innen bei diesen Prozessen gelagert? Welche organisatorischen Strukturen gingen aus diesen Prozessen hervor? Welche Mittel und Ressourcen standen den Akteur*innen dabei zur Verfügung? Entstanden kollektive politische Identitäten im Zuge dieser Prozesse? Wie wirkten sich strukturelle Hemmnisse und Möglichkeitsstrukturen auf die Konstituierung der Akteure aus?
 - b) Eine zweite Analyseebene betrifft eher organisationstheoretische Aspekte, die *nach* der Mobilisierung und Konstituierung zum Tragen kommen und es den Akteur*innen erst erlauben, strategisch zu handeln – gemäß dem Theorem von Evers/Schiel, wonach erst »das gemeinsame Interesse [...] strategisches Handeln [ermöglicht]« (1988: 10): Kam es zu einer Institutionalisierung des Netzwerks, der Bewegung (Organisationsfähigkeit)? Welche (strukturellen) Hemmnisse (*constraints*) bzw. Möglichkeitsstrukturen (*opportunities*) wirkten auf diesen Prozess ein? Welche organisationstheoretischen Aspekte formalisierter Organisation sind auszumachen und war dies unter Bedingungen eines Transitionsprozesses überhaupt möglich (Satzung, Programm, innerorganisatorische Verfahren und Institutionen, Bündnisfähigkeit, Konfliktfähigkeit)? Wie gestalteten sich organisatorische Übergänge, Überlappungen und Verschmelzungen zwischen den Bewegungen, Netzwerken und den entstehenden Parteien?
 - 3) *Beziehungsdynamiken und Akteur*innenkonstellationen*: Diese Analysedimension untersucht erstens *das Verhältnis* und die Konstellationen einzelner säkularer Parteiakteur*innen untereinander sowie das Verhältnis, die Wahrnehmung und die strategische Positionierung säkularer Parteiakteur*innen zu weiteren Akteur*innen des politischen Systems, namentlich zur Muslimbruderschaft und dem Obersten Militärat (SCAF). Zentral ist hier die These, dass sich diese Konstellationen nicht in statischer Weise etablieren, sondern von konflikthaften, politisierten Auseinandersetzungen geprägt sind. Konfliktfähigkeit, Organisationsfähigkeit und Bündnisfähigkeit sind zentrale und interdependente Variablen bei dieser Dimension.
- Das Parteiensystem, das die neuen, parteiförmigen Netzwerkorganisationen als Repräsentanten verschiedener gesellschaftlicher Interessen konstituieren, gilt in Transitionsprozessen nach Mainwaring als schwach institutionalisiert (1999: 4ff.). Typische Merkmale eines solchen Parteiensystems sind eine kaum vorhandene Verankerung der Parteien in der Gesellschaft, schwach ausgebilde-

te Legitimität der Parteiorganisationen sowie ein sehr instabiler Parteienwettbewerb.

Weiterhin wichtig ist in diesem Zusammenhang die Analyse einzelner Akteur*innen hinsichtlich ihrer Wahrnehmung potentieller Konkurrent*innen innerhalb des säkularen Lagers. Davon hängt nicht nur ihre politische Positionierung ab, sondern vor allem die Bereitschaft, (Wahl-)Koalitionen und dauerhafte politische Bündnisse einzugehen, um auf diese Weise die eigene Konfliktfähigkeit gegenüber der Regimekoalition zu erhöhen (Lust/Waldner 2016: 178; Lust-Okar 2011a). Im Mittelpunkt stehen folglich Fragen nach der politischen Gestaltung und Institutionalisierung von Anerkennungsverhältnissen *zwischen* den neuen oppositionellen Akteur*innen oder dem Fehlen dieser Anerkennungsverhältnisse (Kap. I-3.1.2). Daran schließt sich die Frage nach der spezifischen Etablierung einer institutionalisierten Cleavage-Struktur an, in deren Zentrum eine agonale Sphäre der Aushandlung liegt, die es den oppositionellen Akteur*innen ermöglicht, ihre politische Konfliktfähigkeit durch eine Beseitigung/Beruhigung bestehender Konflikte zu erhöhen. Gab es eine solche Sphäre der Aushandlung, welche politischen Prozesse sind in dieser Richtung zu identifizieren und letztlich: Falls eine solche, innersäkulare Aushandlungssphäre etabliert wurde, konnte sie den Akteur*innen helfen, ihre gesetzten Handlungsziele zu verwirklichen?

Zweitens hat sich auf theoretischer Ebene gezeigt, dass die Ausbildung von Konflikt- und Bündnisfähigkeit, die sich *nur* auf das säkulare Lager erstreckt eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Regimewandel ist. Dahinter steht die Prämisse, dass nur lagerübergreifende Allianzen, die auch ideologische Konfliktlinien überwinden, die Regimekoalition strategischer Gruppen an der Macht bezwingen können (Lust et al. 2013). Dies gilt vor allem dann, wenn keine ausreichend dominant ist, »um ihr ideales (politisches) Projekt durchzusetzen« (O'Donnell/Schmitter 1989: 38). Als größter, bekanntester und ältester Akteur aus dem islamischen Spektrum ist ein erfolgreicher Systemwechsel in Ägypten daher nur gemeinsam mit der Muslimbruderschaft möglich (Hafez 2009: 121ff.).

Deshalb wird das umkämpfte Verhältnis säkularer parteiförmiger Akteur*innen und der Muslimbruderschaft analysiert, indem danach gefragt wird, wie zwischen diesen Akteur*innengruppen die Anerkennungsverhältnisse gelagert waren. Welche ideologischen und politischen Hemmnisse sind zu identifizieren im Verhältnis dieser Akteur*innengruppen? Wie wirkten sich diese auf die (gemeinsamen) Handlungsoptionen aus? Welche strukturellen Eigenschaften dieses Beziehungsgeflechts ermöglichten/verhinderten die Etablierung eines lagerübergreifenden Bündnisses, welches die Möglichkeitsstrukturen der Regimekoalition drastisch eingeschränkt hätte.

Darüber hinaus wird das Theorem der weiteren Analyse zugrunde gelegt, wonach neopatrimoniale Regime sehr anpassungsfähig sind und potentielle Herausforderer durch politische Zugeständnisse kooptieren (Kap. I-2.3.1). Deshalb soll drittens innerhalb dieser Dimension das Verhältnis der Regimekoalition vis-à-vis der Muslimbruderschaft als am besten organisierte und mächtigste Oppositionskraft untersucht werden. Das Ringen um Macht und Einfluss im postautoritären Ägypten der Jahre 2011-2013 ist nur zu verstehen, so eine These, wenn diese Akteur*innenkonstellation – die für säkulare Parteiakteur*innen zugleich Teil der Systemumwelt ist – Teil der Untersuchung ist. Ein Erfolg der Transition, so lautet eine weitere These, ist nicht nur abhängig von einer lagerübergreifenden Allianz zwischen Säkularen und der Muslimbruderschaft, sondern auch davon – und dieser Zusammenhang ist zwingend – ob sich die Muslimbruderschaft dem SKOG-Ansatz zufolge im Untersuchungszeitraum der herrschenden Regimekoalition oder dem oppositionellen Lager zuordnen lässt.

Aus dem Vorstehenden folgt viertens, dass das Ringen (*contention*) zwischen säkularem Lager und staatlichen Kräften nicht isoliert zu betrachten ist, sondern sowohl von den strukturellen Bedingungen des Transitionsprozesses als auch von der weiteren Akteur*innenkonstellation abhängt. Sowohl die Hybridität der Systemumwelt mit allen damit verbundenen Implikationen als auch durch Akteur*innenkonstellationen gehemmte oder gesteigerte Möglichkeitsstrukturen, etwa die Reformagenda des Transitionsprozesses (mit-)bestimmen zu können, müssen bei dieser Dimension in den Fokus der Analyse rücken.

